

Geld für Nichtstun

Süddeutsche
Zeitung
5.16.4.2012

Das bedingungslose Grundeinkommen – eine teure Utopie

Es geht um eine faszinierende Idee: Jeder Bürger bekommt Geld vom Staat – einfach so. Von der Wiege bis zur Bahre, egal ob Geringverdiener oder Millionär, für alle gibt es ein bedingungsloses Grundeinkommen, und das ohne Gang zum Amt, ohne irgendwelche Nachweise. Von dieser Utopie lassen sich offenbar viele Menschen begeistern: Mehr als 50 000 Bürger haben eine Petition an den Bundestag unterzeichnet, in der sie eine Zahlung von monatlich 1500 Euro an jeden Erwachsenen und 1000 Euro an jedes Kind befürworten.

Jetzt gibt es erstmals eine Partei, die diese Sache in ihr Programm aufgenommen hat: die Piraten – und sie haben dabei prominente Unterstützer quer durch alle politische Lager. Schon der neoliberale Ökonom Milton Friedman war dafür, weil er so den Markt entfesseln wollte. Die Linken-Politikerin Katja Kipping, Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales, streitet genauso für das Grundeinkommen wie Thomas Straubhaar, Chef des Hamburgischen Weltwirtschaftsinstituts, und Götz Werner, Gründer der dm-Drogeriekette. Der Unternehmer fällt als eine Art Wanderprediger für das Grundeinkommen landauf, landab Vortragssäle. Wie hoch es sein soll, ist unter den Befürwortern umstritten. Die Piraten wollen im Falle ihres Einzugs in den Bundestag eine parlamentarische Enquetekommission einsetzen: Sie soll Modelle berechnen und bewerten.

Die Idee klingt bestechend einfach: Durch das mit höheren Konsumsteuern finanzierte Grundeinkommen fallen für jeden Bürger alle anderen Sozialleistungen weg, es wäre das Ende von Hartz IV. Die Menschen könnten jener Arbeit nachgehen, die sie für sinnvoll erachten. Sie hätten die Freiheit, unattraktive, schlecht bezahlte Jobs zu verschmähen, die sie bislang aus blanker Not annehmen mussten. Es entstünde ein Land mit vielen kreativen Bürgern, die Unternehmen gründen und leichter als bisher ehrenamtlich tätig sein könnten.

Nötig wäre dafür jedoch eine Mega-reform des Sozial- und Steuerstaats, also ein hoch riskantes Experiment in einer der größten Volkswirtschaften der Welt: Keiner weiß, was danach passiert. Werden so nicht Millionen Menschen, vor allem Niedrigverdiener, zu professionellen Sofasitzern, weil sie in dem neuen Schlaraffenland keinen Grund zum Arbeiten haben? Wenn aber das Arbeitsangebot zurückgeht,

schrumpft dann nicht die Produktion – und führt dies zu niedrigeren Gewinnen, geringeren Steuereinnahmen und höheren Preisen? Wird sich nicht die Schwarzarbeit ausweiten? Wie viele Menschen würden nach Deutschland einwandern? Vor allem aber: Lässt sich so eine riesige Alimentierungsmaschine überhaupt finanzieren? Schon ein Grundeinkommen von 650 Euro wäre eine Jahresausgabe von rund 640 Milliarden Euro – ein Drittel des Bruttoinlandsprodukts.

Die Befürworter des Grundeinkommens kennen diese Einwände. Sie wollen es deshalb schrittweise einführen. Die Kritiker entgegnen: Dann werden Staat und Wirtschaft eben schrittweise zusammenbrechen. Bei den Piraten



Entspannen im Park: Mit bedingungslosem Grundeinkommen gäbe es dafür sogar Geld. Foto: dapid

selbst sind etliche auch gegen eine „Freibier-für-alle-Partei“. Die Zweidrittelmehrheit für das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) kam beim Parteitag in Offenbach nur ganz knapp zustande. Am Tag danach zogen einige Mitglieder frisch bedruckte T-Shirts an, auf denen sie das Kürzel BGE so interpretierten: blauäugig, gutgläubig, einfältig. Auch bei den Piraten ist das letzte Wort über diese Radikalreform des Sozialsystems noch nicht gesprochen. Thomas Öchsner